



PROTOKOLL

(Gemeinde
Ostermundigen)

→ nicht genehmigt

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2021/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 23. September 2021, 18:00 - 20:10 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Tanner Adrian (Grüne)	1
Mitglieder	Aeschbacher Sarah (SP)	
	Balmer Kathrin (SP)	
	Dähler Stefanie (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	
	Kuert Matthias (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Schnider-Müller Simone (SP)	
	Selmani Emsale (SP)	
	Thomann Thulani (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Zeyer Priska (SP)	12
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (parteilos/SVP)	ab 18:07 Uhr
	Hausammann Hans-Rudolf (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Wipfli Hans (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zuber Cyrill	7
	Luyet Cédric (glp)	
	Tamàs Oliver (glp)	
	Toggwiler Denis (glp)	
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	5
	Feller Daniela (FDP)	
	Minka II Lucien (FDP)	
	Rickenbach Rolf (FDP)	3
	Fels Silvia (EVP)	
	Wagner Martina (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	3
	Bärtschi Mosimann Astrid (Die Mitte)	
	Löhner Sandra (Die Mitte)	2
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	1
	Total anwesend	34

Mitglieder Gemeinderat

Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Fredrich Bettina (SP), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)

Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Buchter Yannick (SVP), Jordi Yves (Die Mitte), Leiser Christoph (FDP), Mahler Niels (Grüne), Minka II Sandro (glp) und Zivanovic Sandra (SVP) Mitglied GR: Gasser Melanie (glp)

TRAKTANDEN

40.	Protokoll der 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 6. Mai 2021; Genehmigung	130
41.	Protokoll der 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Juni 2021; Genehmigung	131
42.	Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl.....	132
43.	Besoldungssystem Mitarbeitende der Gemeinde Ostermundigen; neues Konzept; Teilrevision "Personal- und Besoldungsordnung (PBO)"; Kenntnisnahme und Genehmigung	133
44.	Schulanlage Rothus; Projektierungskredit für die Gesamtplanung (Wiederinbetriebnahme, Sanierung und Erweiterung); Genehmigung	138
45.	Tram Bern Ostermundigen: ÖV-Knoten; Personenunterführung Nord inkl. Verlängerung Schermenweg; Kreditgenehmigung	142
46.	Überbauungsordnung Nr. 6 "Grube": Erschliessung Wasser und Abwasser; Kreditabrechnung	146

47.	Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG): Primär- und Sekundärsystem der Wasserversorgung; Rückübernahme von Primäranlagen (2. Etappe); Kreditabrechnung.....	147
48.	Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; schriftliche Beantwortung	148
49.	Orientierungen des Gemeinderates	150
	a) Motion Abgabe von Lunch-Check-Karten durch die Gemeinde - Schub für die Restaurants nach der Corona; verspätete Beantwortung	150
	b) Fusion "KoBe"; Stand des Geschäftes	151
	c) Motion „Pilotprojekt Mobility Pricing in Ostermundigen“; verspätete Beantwortung	152
	d) ARA Worblental; Information Sensibilisierung Gewässerschutz	153
	e) Budget 2022, Finanzplan 2022-2030 und Finanzstrategie 2030; Traktandierung für GGR 28.10.2021; Infoanlass am 18.10.2021	154
50.	Überparteiliche Motion betreffend Falllast in der Sozialhilfe verringern, Beratung und Integration in den Arbeitsmarkt verbessern, Kosten senken; parlamentarischer Neueingang.....	157
51.	Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; parlamentarischer Neueingang	159
52.	Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung einer Teilrevision des Baureglements; parlamentarischer Neueingang	161
53.	Überparteiliche Interpellation betreffend sichere Wege zur Schulanlage Rothus; parlamentarischer Neueingang.....	162
	f) Dringliche, überparteiliche Motion "Corona-Schutz mit Pooling-Tests an den Schulen in Ostermundigen"	163
	g) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates	164

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2021. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertretenden der Presse herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Covid-Bestimmungen

- ① Im Tellsaal gilt eine generelle Maskenpflicht; auch auf den Sitzplätzen der Galerie. Einzig für die Sprechenden am Rednerpult gilt die Maskenpflicht nicht.

Für die Verständlichkeit auf dem Tonband sind die Sprecherinnen und die Sprecher gebeten, die Maske abzulegen.

Dem allen zugestellten und im Saal und auf der Galerie angeschlagenen „Sicherheits- und Schutzkonzept“ ist Folge zu leisten. Die „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (Version vom 26. Juni 2021) sind von allen Anwesenden einzuhalten.

- ① Herr Roland Stebler, Polizeiinspektor Öffentliche Sicherheit, hilft uns bei der Umsetzung des Sicherheitskonzepts resp. „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (inkl. Änderungen vom 26.6.2021). Besten Dank für die Mithilfe.

- ① „Rednerpult und Mikrofon“

Diese werden von allen Sprechenden eigenständig desinfiziert (Spray und Abwischpapier stehen zur Nutzung bereit)!

- ① „Kontakt Daten angeben und Tracing ermöglichen“:

Sämtliche Zuschauerinnen und Zuschauer, Auskunftspersonen sowie die Medienschaffenden sind aufgefordert, sich auf der Liste „Kontakt Daten“ einzutragen.

- ① Auf der Galerie dürften mit genügend Abstand maximal 50 Personen anwesend sein. Da die Sitzung öffentlich ist, wird die Zugänglichkeit zur Sitzung mittels „Livestream“ sichergestellt.

- ① Parlamentarische Vorstösse sind beim Saaleingang - am gekennzeichneten Tisch - zur Unterschrift aufzulegen und vor Sitzungsende dem Ratspräsidenten zum Verlesen abzugeben.

Die parlamentarischen Vorstösse sind ausserdem dem Ratssekretär in elektronischer Form (Worddatei) zur Weiterbearbeitung zuzustellen.

1. Anstelle von Marti Lara (SVP) und Saibaven Rajaratnam (SP) nehmen Cyrill Zuber (SVP) und Marcel Falk (SP) neu im Parlament Einsitz. Ich heisse die beiden Neumitglieder herzlich willkommen.
2. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.
Momentan sind **33 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Da der Stimmenzähler Rajaratnam Saibaven (SP) per 31. August 2021 demissioniert hat und seine Ersatzwahl erste heute Abend stattfindet, hat das Parlament eine Ersatzstimmenzählerin resp. einen Ersatzstimmenzähler zu wählen.

A b s t i m m u n g

Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird Thulani Thomann (SP) einstimmig als interimistischer Stimmenzähler gewählt.

3. Silvia Fels (EVP) hat ihre Demission (GGR + GPK) per Ende Oktober 2021 eingereicht.
 4. Yannick Buchter (SVP) hat seine Demission (GGR + GPK) per Ende Dezember 2021 eingereicht.
 5. Auf den Tischen liegen auf:
 - Ämterklassifikation; Überprüfung/Änderung Funktionenkatalog 2019 - Änderung GGR-Antrag von Traktandum Nr. 43
 - Auszug „Terminplan 2022“ (Sitzungsdaten GGR + GPK)
 - Adressliste GGR (Stand 1.9.2021)
 - 1 Sandwich und 1 Getränk
 6. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen die folgenden Auskunftspersonen an der heutigen Sitzung teil:
 - Barbara Leder, Leiterin PD, und Ivo Wild, ehemaliger PeKo Präsident, zu Traktandum Nr. 43 und
 - Peter Müller, Abteilungsleiter HB zu Traktandum Nr. 44
 7. Ratsevent 2021: Dieser findet zum Thema "Sprachen in Ostermundigen; über 100 verschiedene Nationalitäten sind vertreten" am Samstag, 23. Oktober 2021 im Tellsaal statt. Die Einladung wird in den nächsten Tagen verschickt.
 8. Die nächste GGR-Sitzung findet am **28. Oktober 2021** statt.
- 1)

1) 18.07 Uhr: Adrian Gränicher (SVP) nimmt an der Sitzung teil.
Neu sind **34 Ratsmitglieder** anwesend.

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Traktandenliste wurde allen zugestellt. Ich darf noch erwähnen:

- ① Traktandum Nr. 49 - Orientierungen des Gemeinderates
 - a. ARA Worblental; Information Sensibilisierung Gewässerschutz
Sprecherin: B. Fredrich
 - b. Motion betreffen Abgabe von Lunch-Check-Karten durch die Gemeinde - Schub für die Restaurants nach der Corona; eingereicht 6.5.21 - verspätete Beantwortung
Sprecher: T. Iten
 - c. Fusion "KoBe"; Stand des Geschäftes
Sprecher: T. Iten

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

40. Protokoll der 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 6. Mai 2021; Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 2 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen vor?

Christian Zeyer (SP): Ich möchte noch eine Textkorrektur zu meinem Votum auf Seite 58 anbringen. Richtig sollte es heissen:

... Unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass die Dokumente bereits Mitte April erstellt worden sind, ist es nicht nachvollziehbar, wieso der Gemeinderat die Dokumente *nicht* rechtzeitig zur Verfügung stellen *konnte*.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Liegen weitere Wortmeldungen vor? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 0 den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 6. Mai 2021 wird genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

41. Protokoll der 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Juni 2021; Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit Protokoll Nr. 3 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen vor?

Priska Zeyer (SP): Ich möchte einen Schreibfehler in meinem Votum auf Seite 115 korrigieren lassen:

... Es ist wichtig, dass in der ganzen Gemeinde das Augenmerk auf die ~~Bewegungsmöglichkeiten~~ *Begegnungsmöglichkeiten* gesetzt wird. ...

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Liegen noch weitere Wortmeldungen vor? Dies ist nicht der Fall. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 3 der GGR-Sitzung vom 24. Juni 2021 wird genehmigt.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen

42. Geschäftsprüfungskommission (GPK); Ersatzwahl

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Auf Vorschlag der EVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Auf Vorschlag der EVP-Fraktion wird Gerhard Baumgartner (EVP) ab 1. November 2021 bis 31. Dezember 2021 als Mitglied der „Geschäftsprüfungskommission (GPK)“ gewählt.

10.9.01 Aemterklassifikation

43. Besoldungssystem Mitarbeitende der Gemeinde Ostermundigen; neues Konzept; Teilrevision "Personal- und Besoldungsordnung (PBO)"; Kenntnisnahme und Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Der Gemeindepräsident möchte eine Präzisierung zum Geschäft anbringen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Heute Nachmittag habe ich auf den Webseiten des "Gemeindeverbandes", der "Stadt Bern" und "Sozialinfo.ch" zusammengezählt rund 100 Stelleninserate aller Bernischen Gemeinden gesichtet. Diese Momentaufnahme habe ich um ca. 16.30 Uhr vorgenommen. Nicht nachgesehen habe ich die Stelleninserate bei Kanton und Bund. Auch bei der Gemeinde Ostermundigen gibt es immer wieder Transfers resp. Stellenwechsel zu Bund und Kanton. Die Zahlen zeigen uns unmissverständlich auf, dass Handlungsbedarf besteht.

Gleichzeitig möchte ich mich für den Fehler in der GGR-Botschaft entschuldigen (Formulierung des Antrags). Gestern Abend wurde die korrigierte Version allen Parlamentsmitgliedern per E-Mail zugestellt. Eine schriftliche Auflage wurde heute ebenfalls noch vorgenommen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Jetzt kann sich der Rat zum Geschäft äussern.

Priska Zeyer (SP): Die GGR-Botschaft umfasst 10 Seiten. Am Platz habe ich jedoch noch rund 150 Seiten mehr. Es ist extrem aufwändig und bestimmt hat niemand die abgegebenen Unterlagen von A bis Z gelesen. Ich möchte die Arbeiten würdigen. Uns liegt ein gut vorbereitetes Geschäft zur Beratung vor. Wir freuen uns, wenn die Teilrevision heute Abend genehmigt wird. Es ist wichtig für die Gemeinde Ostermundigen und unsere Mitarbeitenden. In der Fraktion haben wir die Unterlagen besprochen. Wir waren uns nicht überall einig. Die jährlich automatische Stufenerhöhung haben wir diskutiert, ob die Angaben zeitgemäss sind und ob eventuell noch andere Lösungen (z. B. mit Leistungslohn) in Betracht gezogen werden sollten. Viele Leute haben mitgeholfen, dieses Geschäft gründlich vorzubereiten. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion kann dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen. Vielen Dank allen Zuhörenden.

Myriam Zürcher (EVP): Das neue Besoldungssystem für ca. 500 Mitarbeitende der Gemeinde Ostermundigen ist mit viel Engagement erarbeitet worden. Wir schätzen die Vorbereitungsarbeiten sehr.

- Eine Neuerung ist, dass die Lohnerhöhungen nicht mehr nur alle fünf Jahre stattfinden, sondern bei der Erfüllung der geforderten Leistungen jährlich und automatisch ein Stufenanstieg erfolgen - Neu wird auch das in der Verordnung über die Personal- und Besoldungsordnung festgehaltene "Einmalprämiensystem" in der Praxis Anwendung finden und wird vom Gemeinderat finanziell alimentiert.

Bei neuen und jungen Mitarbeitenden finden diese Neuerungen bedeutende Vorteile. Auch die Attraktivität der Gemeinde Ostermundigen als Arbeitgeberin macht diese Anpassungen notwendig. Kann die Gemeinde Ostermundigen ihre Leistungen nicht erbringen, so ist sie gezwungen, die Leistungen extern einzukaufen. Dieser Umstand ist einiges teurer. Diesem Missstand soll die vorliegende Teilrevision abhelfen.

Von den drei vorgeschlagenen Varianten hat sich die EVP-Fraktion für die Variante 2 entschieden. Damit entstehen für die Gemeinde Ostermundigen Mehrkosten von durchschnittlich 793'000 Franken in den Jahren 2020 bis 2030. Dies ist für die hohe Anzahl an Mitarbeitenden jedoch keine grosse Summe.

Drei Fragen sind bei uns noch unklar geblieben:

1. Mit jeder Beförderung oder Lohnerhöhung entstehen Beitragslücken bei der Pensionskasse. Wie werden diese geregelt?
2. Angeblich werden die Mehrkosten im Budget 2022 nicht aufgenommen, da das Projekt noch nicht bewilligt worden ist. Formal juristisch stimmt das. Aber das Budget 2022 wird von Anfang an um rund 800'000 Franken nicht stimmen. Wie gedenkt der Gemeinderat damit umzugehen?
3. Wir möchten noch mehr Informationen zur Fusionstauglichkeit in Erfahrung bringen. Wo liegen da die grossen Unterschiede zur Stadt Bern?

Das neue Konzept der Besoldung der Mitarbeitenden der Gemeinde Ostermundigen erachten wir als fortschrittlich. Sofern unsere Fragen beantwortet werden können, wird die EVP-Fraktion dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen.

Rolf Rickenbach (FDP): Auch wir von der FDP. Die Liberalen-Fraktion konnten nicht alle Unterlagen bis ins Detail lesen und besprechen. Aus diesem Grund halten wir uns an die globalen Angaben resp. die Grundsätze.

CHF 850'000 jährlich mehr ist ein grosser Happen. Unser strukturelles Defizit wird dadurch inskünftig noch grösser. Eigentlich können wir uns diesen Umstand nicht leisten. Eigentlich werden wir dadurch noch früher Pleite sein als jetzt schon. Und das "Eigentlich" bedeutet: Eigentlich werden wir dem Geschäft trotzdem zustimmen. Der Grund dafür ist ganz einfach: Wir benötigen ein gutes Personal - ob mit oder ohne Fusion. Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden ist das neue Personalreglement modern und nicht übertrieben. Wir gehen davon aus, dass wir mit gutem Personal die 800'000 Franken senken können. Die Vorrednerin hat bereits erwähnt, dass wir heute viele Aufträge an externe Stellen zur Erledigung geben müssen. Mit guten Mitarbeitenden kann dieser Sachverhalt bestimmt eingeschränkt werden.

Gleichzeitig müssen wir uns selber bei der Nase nehmen: Wir müssen uns daran gewöhnen, die von der Verwaltung erledigten Aufgaben nicht noch zusätzlich mit einer externen Expertise zu versehen. Wir müssen das Vertrauen in unsere Mitarbeitende stärken. Die Mitarbeitenden führen unsere Aufträge gut und korrekt aus.

Die FDP. Die Liberalen-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen, auch im Wissen darum, dass wir einen grossen wiederkehrenden Batzen an Geld ausgeben.

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Vielen Dank für die organisierte Infoveranstaltung. Diese hat dazu geführt, dass ich die über 100 Seiten nicht vollständig lesen musste. Es wäre wünschenswert, wenn zukünftige Informationsveranstaltungen von den GGR-Mitgliedern vermehrt besucht würden.

Auch Die Mitte-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Gemeinde Ostermundigen ein neues Besoldungssystem nötig hat. Damit können auch zeitgemässe Führungsmethoden angewendet werden. Die Gemeinde Ostermundigen muss wieder marktfähig werden. Die vielen Fluktuationen in letzter Zeit haben dazu geführt, dass vermehrt neues Personal eingearbeitet werden musste.

Wir bitten euch, dem vorliegenden GR-Antrag ebenfalls zuzustimmen.

2. Vizepräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP): Auch die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Wir haben ebenfalls noch Fragen zur Vorlage:

1. Wieso muss die Besoldungsordnung noch vor der Fusion in Kraft treten?
2. Können die notwendigen Arbeiten in so kurzer Zeit erledigt werden?

Eigentlich gibt es nach der besuchten Informationsveranstaltung nicht mehr viel zu diskutieren.

Cédric Luyet (glp): Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) hat aufgezeigt, dass der Stellenetat der Gemeinde Ostermundigen knapp ist. D. h. die Auslastung und die Belastung sämtlicher Mitarbeitenden sind gross. Die glp-Fraktion begrüsst die Anpassung der Löhne an ein marktgerechtes Niveau und wird der vorgeschlagenen Variante 2 zustimmen.

Auch wenn die Gemeinde Ostermundigen mit den vielen Bauprojekten, den multikulturellen Facetten, sowie der Urbanisierung und der sanierten Pensionskasse als Arbeitgeberin "sexy" ist, bleibt die finanzielle Problematik aufgrund der heutigen Entscheidung verschärft bestehen. Die Leistungsgrenze ist jedoch erreicht. So dass die zwei Hauptkriterien für eine Fusion erfüllt sind.

Mit der erreichten Leistungsgrenze ist u. a. gemeint, dass Schlüsselpositionen in der Verwaltung nicht besetzt werden können. Die Anpassung der Löhne ist nur ein "Tropfen auf dem heissen Stein" der erreichten Leistungsgrenze. Ob mit der vorgegebenen Verbesserung die vakanten Stellen besetzt werden können, wird die Zukunft zeigen. Wir hoffen, mit den verbesserten Massnahmen die teuren externen Leistungserbringungen reduzieren zu können. Es bleibt Zeit, bis der Fusionsvertrag vorliegt, ob die vakanten Stellen mit den Anpassungen der Gehälter besetzt werden und teuren, externen Leistungen reduziert werden können.

Rolf Rickenbach (FDP): Bei meinem Votum könnte eine falsche Interpretation entstehen: Bei meinem Aufruf habe ich erwähnt, dass wir nicht immer externe Expertisen einkaufen. Das heisst nicht, dass wir nicht gutes Personal haben.

Leiterin Personaldienst Barbara Leder: Ich habe mir drei Fragen aufgeschrieben. Dazu möchte ich Folgendes anmerken:

1. Beitragslücken in der Pensionskasse

Wir kennen das "Leistungsprimat" in der Pensionskasse und d. h. es gibt keine Beitragslücken. Auch die Mitarbeitenden, welche bei einer Neuberechnung eventuell tiefer eingestuft werden, können im neuen Reglement von einem Besitzstand profitieren. Sie werden keine Lohn-einbussen in Kauf nehmen müssen und dementsprechend werden in der Pensionskasse auch keine Lücken entstehen.

2. Budgetierung

Hier muss ein Nachtragskredit gestellt werden.

3. Fusionstauglichkeit

Bereits in der Arbeitsgruppe wurde dies thematisiert. Drei Themen haben mitgespielt (Fusion ja oder nein) das angefangene Projekt abzuschliessen. Projekte sollen nicht bis zu einer allfälligen Fusion aufgespart werden. Egal ob ein neues oder altes Lohnsystem bei der Fusion zu Anwendung kommt, eine Anpassung ist in jedem Fall notwendig. Die Stadt Bern ist zurzeit ebenfalls mit einer Überprüfung des Lohnsystems beschäftigt.

Zum Votum es gibt noch viel Arbeit: Sollte das Geschäft heute Abend vom Parlament genehmigt werden, dann müssen alle Löhne der Mitarbeitenden neu berechnet werden. Dieser einmalige Aufwand wird in den Monaten November und Dezember vorgenommen. Anschliessend sollte wieder der "courant normal" einkehren.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Das „Konzept neues Gehaltssystem“ sowie der „Bericht zur Analyse Modell Bern“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Empfehlungen der Abteilungsleiterkonferenz sowie der Sozialpartner werden zur Kenntnis genommen (Anhang 9 + 10 des Konzeptes).
3. Die neue Lohntabelle wird genehmigt.
4. Die Änderung von Artikel 3 des „Reglements über die Entschädigung und Besoldung von Behördenmitgliedern“ wird genehmigt.
5. Dieser Beschluss tritt per 1.1.2022 in Kraft.
6. Folgende Beschlüsse des Gemeinderates werden vom Grossen Gemeinderat zur Kenntnis genommen:
 - a. der neue Funktionenkatalog (Anhang 2 des Konzeptes, entspricht Anhang 03 zur "Verordnung zur Personal- und Besoldungsordnung (VPBO)");
 - b. die neuen Richtfunktionsumschreibungen Fachfunktionen (inkl. Führungsfunktionen, Anhang 3 des Konzeptes, entspricht Anhang 03 zur VPBO);
 - c. die notwendigen Anpassungen der VPBO, Art. 11-17, 19-24, 38 + Besitzstandsregelung (vgl. Kapitel 7.1 und 7.2 im Konzept, Seiten 43 ff);

- d. der Entscheid des Gemeinderates für die Überführungsvariante 2 (Kapitel 6.1.2, Seiten 39/40 des Konzeptes) mit den daraus entstehenden Mehrkosten von CHF 870'000 zulasten Erfolgsrechnung 2022;
- e. die aus der Überführungsvariante 2 entstehenden ordentlich zu budgetierenden Mehrkosten für die Folgejahre von absteigend jährlich CHF 840'000 bis CHF 650'000 (2023 bis 2030);
- f. die ab 2022 jährlich 0.25 Prozent der Bruttolohnsumme zur Alimentierung von Einmalprämien (vgl. Art. 38 VPBO, Seite 48 des Konzeptes).

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ein einstimmiges Ergebnis für ein neues Lohnsystem ist ein starkes Signal für unsere Mitarbeitenden. Besten Dank allen die mitgeholfen haben, dieses Geschäft zu einem positiven Abschluss zu bringen!

30.4.25 Schulhaus Rothus

44. Schulanlage Rothus; Projektierungskredit für die Gesamtplanung (Wiederinbetriebnahme, Sanierung und Erweiterung); Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Sandra Löhner-Marti (Die Mitte): „Die Mitte“-Fraktion wird dem Projektierungskredit für die Gesamtplanung der Schulanlage Rothus zustimmen.

„Wer A sagt, soll auch B sagen“ oder mit anderen Worten: im August 2019 wurde vom Grossen Gemeinderat die Gesamtschulraumplanung genehmigt. Uns war schon damals bewusst, dass wir in die Zukunft der Schulen in Ostermundigen investieren müssen. Hier liegt uns nun der Projektierungskredit für die Schulanlage Rothus vor. Es ist klar, eine Kostenschätzung von 17 Mio. Franken für das Endprojekt ist viel Geld für eine finanziell eher schwache Gemeinde wie Ostermundigen. Und manch einer sagt vielleicht, eine „günstigere“ Variante täte es auch. Dennoch ist es jetzt wichtig, dem Projektierungskredit - welcher etwa 10 % des zukünftigen Investitionskredits ausmacht - zuzustimmen.

Ich kenne die Schulanlage Rothus - wie vielleicht einige von Euch auch - von Innen. Ich durfte dort zwei Schuljahre verbringen. Als Schülerin war mir nie bewusst, dass dieses Gebäude denkmalgeschützt ist. Nun - einige Jahre später - als Mitglied dieses Gremiums schätze ich es sehr, dass die Gemeinde Ostermundigen bereits frühzeitig den Kontakt zur Denkmalpflege aufgenommen und in die Planung involviert hat. Dieses vorausschauende Handeln wird uns sicher im definitiven Bauprojekt von grossem Nutzen sein.

Hans Peter Friedli (SVP): Am 29. August 2019 hat der GGR die Schulraumplanung genehmigt. Von da an war uns auch klar, dass die Christophorus-Schule Bern ausziehen muss. Mit allen Konsequenzen für unsere Gemeinde. Damals sprach man von einer Entschädigung für getätigte Investitionen in der Grössenordnung von 300'000 Franken, dann von 500'000 Franken. Heute wissen wir, dass es über 865'000 Franken sind.

Der Raumbedarf muss den steigenden Schülerzahlen und den kantonalen Vorschriften angepasst werden, das ist unbestritten. Doch wie? Die SVP-Fraktion und weitere Parlamentsmitglieder wollten dies mit einem kostengünstigen Modulbau, möglichst an einem zentralen Ort in der Gemeinde realisieren. Für uns stellt sich immer noch die Frage, wie lange wird diese Schulanlage als Schule benutzt um die gesamten Kosten zu rechtfertigen. Die Zukunft wird es uns zeigen.

Nun die Würfel sind gefallen. Wir haben uns für eine „De Luxe Variante“ an dezentraler Lage entschieden.

Wir sind aber überzeugt, dass hier mit dem vorgesehenen Projekt eine funktionelle und zeitgemässe Schulanlage, inkl. angepasstem Aussenraum, entstehen wird. Die Planer sind nun gefordert, ein preiswertes Bauprojekt auszuarbeiten, und auf den wünschbaren Luxus zu verzichten.

Da es sich hier um eine denkmalgeschützte Schulanlage handelt, und die Denkmalpflege bereits in der Machbarkeitsstudie involviert war, fehlt uns in der Grobkostenschätzung ein Richtbetrag, der von der Denkmalpflege zu erwarten ist.

Positiv ist, dass der Um- sowie der Neubau nach neusten Erkenntnissen in der Baubranche realisiert werden. So ist es in der Botschaft auf Seite 6/15 ausführlich erklärt. Daher ist zu hoffen, dass die Anlage mit geringen Unterhalts- und Energiekosten betrieben werden kann.

Die SVP-Fraktion wird diesem Projektierungskredit zustimmen.

Silvia Fels (EVP): Die Botschaft fängt an mit "Die denkmalgeschützte Schulanlage Rothus **muss** wieder in Betrieb genommen werden, teilweise saniert und von acht auf vierzehn Klassen erweitert werden."

Beim Lesen der Botschaft sind mir Ruedi Mahler (SP) und sein unermüdlicher Kampf um die Christophorus-Schule in den Sinn gekommen. Mehrere Male hat er die Kosten angesprochen und was es für Ostermundigen bedeutet, wenn wir diese Kündigung aussprechen. Und wenn wir jetzt die Kosten der Projektierung von 1.7 Millionen anschauen im Wissen, dass diese Summe etwa 10 % der Gesamtkosten ausmacht, so verstehe ich, dass in der Botschaft steht: „MUSS wieder in Betrieb genommen werden“. Dazu kommt noch die Rückerstattung an die Christophorus-Schule von 865'000 Franken und die Heizungssanierung.

Weiter lesen wir in der Botschaft, "dies wurde an der GGR Sitzung vom 29. August 2019 in der Gesamt-Schulraumplanung genehmigt."

Wir können also einerseits sagen, "diesen Bock haben wir selber geschossen" oder "dä Mischtsch karret" oder uns andererseits natürlich auf ein schönes Projekt und ein schönes Schulhaus freuen. In Anbetracht dessen, dass unsere Gemeinde wächst und es mehr Familien in Ostermundigen geben wird, ist es sicher notwendig, in die Schulen und Kindergärten zu investieren und wenn dann auch grad richtig zu machen mit zeitgemässen Standards.

Ein kleines "Zückerli" gibt es ja doch noch. Die Denkmalpflege wird die "baulichen Einschränkungen" mit einer finanziellen Entschädigung vergüten.

Als EVP-Fraktion sind wir einerseits froh, dass es gut ausgegangen ist für die Christophorus-Schule, die laut ihrer Homepage *"erleichtert und glücklich ist, dass sie ein neues Zuhause für die vielen Kinder und Jugendlichen gefunden hat."* Und andererseits hoffen wir, dass es auch für uns gut ausgeht und darum stimmen wir dem Projektierungskredit zu.

Gerne möchten wir bei der Planung noch beliebt machen zu prüfen, ob und wie gross die Investition sein soll in die Turnhalle im Schulhaus Rothus oder ob es für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe möglich ist, in die neu geplante Sporthalle im Bereich Forelstrasse zum Turnen zu gehen. Somit könnte da vielleicht etwas gespart werden.

Rolf Rickenbach (FDP): Ich nehme den Faden von der Vorrednerin auf. Die FDP. Die Liberalen-Fraktion freut sich auf ein schönes Projekt und ein schönes Schulhaus.

Die 1,7 Mio. Franken für einen Planungskredit sind sehr viel Geld. Mit diesen 1,7 Mio. ist noch kein einziger Stein gesetzt. Es geht erst danach richtig los. Aber für die Planung muss mit so viel Geld kalkuliert werden; das sind rund 10 Prozent der zu erwartenden Gesamtkosten.

Die Planung ist zweckmässig - hier wird kein Luxusprojekt erstellt - und geht auf den Lehrplan 21 und eine moderne Schule ein. Aus all diesen Gründen wird die FDP.Die Liberalen-Fraktion dem Geschäft zustimmen.

Alexander Wahli (glp): Die glp-Fraktion verfolgt gespannt die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen in der Schulraumplanung. Der Antrag für den Projektierungskredit der Schulanlage Mösli ist umfassend und klar beschrieben.

Die Information über den Projektstand und das weitere Vorgehen ist verständlich formuliert und nach unserer Meinung korrekt zusammengestellt. Die Herleitung des Projektierungskredites ist nachvollziehbar und verständlich aufgestellt.

Leider wird in der Botschaft nicht darauf hingewiesen, dass die Planungsphasen gegenüber dem Planungsteam separat ausgelöst werden. Ich erachte es korrekt den Planungskredit, bis Phase 4 durch das Parlament genehmigen zu lassen und anschliessend den Vertrag mit den Planer phasenweise zu erweitern neben dem Handlungsspielraum bedeutet dies auch, dass bei Erreichen der Kostenziele die Planer während der Bewilligungsphase mit geringem Risiko weiterplanen können.

Wir sind dankbar, wenn bei weiteren Geschäften die phasenweise Auslösung der Planer Aufträge erwähnt wird und diese somit schriftlich festgehalten wird.

Der Terminplan für Vorprojekt und Bauprojekt ist recht grosszügig bemessen. Dies kann sich aber auch positiv auf den Projektverlauf auswirken. Sollte im Verlaufe des Vorprojekts resp. Der Kostenschätzung massive Kostenüberschreitungen festgestellt werden besteht die Möglichkeit das Vorprojekt so zu redimensionieren resp. einfacher zu planen, ohne dass ein grosser Zeitverlust entsteht.

In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen:

- Wie schätzt der Gemeinderat die Bereitschaft des Planungsteam ein, bei Kostenüberschreitung Hand zu einfacheren, günstigeren Lösungen zu finden?
- Wird stur auf dem «Siegerentwurf» beharrt, oder ist das Team bereit durch Weiterentwicklung Erkenntnisse zu Gunsten der Kosten oder gegeben falls auch zur Nutzung Anpassungen vorzunehmen?

Wir bedanken uns für das gut vorbereitete Geschäft und empfehlen dem Antrag über einen Planungskredit von CHF 1'724'000.00 anzunehmen.

Christian Zeyer (SP): Ich hoffe primär, dass die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig in die Schule Rothus werden einziehen können.

Besten Dank für die umfassenden Unterlagen. Wir haben mit Freude festgestellt, dass die Nachhaltigkeit bereits Teil des Beschaffungsprozesses resp. der Vergabe war. Vielleicht kann das Projekt als Musterbeispiel geführt werden. Eine Ergänzung möchten wir noch anmerken:

- Die Erfahrung in nachhaltigen Projekten hätte als Zuschlagskriterium miteinbezogen werden können.

Dieser kleine Schönheitsfehler wurde leider unterlassen. Es können Beschaffungen auch ohne Reglement vollzogen werden und damit komme ich zu einer weiteren Anmerkung:

- Viel besser wäre es, wenn die Gemeinde Ostermundigen ein Reglement hätte. Bereits im Jahre 2008 wurde mittels Motion ein solches Reglement beim Gemeinderat bestellt. Seit 13 Jahren ist dieser Wunsch unerfüllt.

Fazit

Insgesamt liegt ein erfreuliches Projekt vor. Wir freuen uns auf die Umsetzung. Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat noch einige Vorbehalte betreffend Schulwegsicherung. Wir werden diesbezüglich einen politischen Vorstoss einreichen.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Wir werden die Detailfrage betreffend "Beitragshöhe der Denkmalpflege" noch abklären. Es kann nur ein kleiner Betrag erwartet werden.

Die Prüfung der Turnhalle oder wer benutzt die Turnhalle? Diese organisatorische Frage wird mit der Schulleitung geprüft.

Abteilungsleiter Hochbau Peter Müller: Die Anregung der "Deckelung der Kosten" - wie von Alexander Wahli (glp) vermerkt, haben wir für die nächsten Projektierungsanträge aufgenommen. Die Planer werden nicht profitieren, wenn ihre Baukosten höher sind. Die Bauherren werden angespornt, das prognostizierte Kostenziel zu erreichen. Wir hoffen, dass die Grobkostenschätzung aufgrund eines Richtprojektes eingehalten werden können. Die Zahlen sind Erfahrungswerte. Wir werden so wenig wie möglich jedoch so viel wie nötig machen. Der Spielraum ist heute nicht ersichtlich. Zusammen mit der Schulleitung und der Projektleitung wird das Planungsteam mögliche Einsparungen besprechen. Kostenabweichungen können nie ganz ausgeschlossen werden:

1. Es wird ein Neubauteil errichtet. Da sind die Kosten einfach im Griff zu halten.
2. Beim Sanierungsteil ist vieles heute noch unklar: Wie tief greifen wir ein? Und hier kann noch Spielraum erwirkt werden.

Wir sind aber zuversichtlich, dass das junge Planungsteam die vorgegebenen Ziele erreichen wird.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die „Projektierung Gesamtplanung Rothus“ wird zu Lasten Investitionsrechnung ein Kredit von CHF 1'724'000.00 inkl. MWSt. bewilligt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

40.1.31 Tram Bern Ostermundigen

45. Tram Bern Ostermundigen: ÖV-Knoten; Personenunterführung Nord inkl. Verlängerung Schermenweg; Kreditgenehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Martina Wagner (EVP): Besten Dank für die Abklärungen betreffend den finanziellen Beiträgen an das vorliegende Projekt. Wir von der EVP-Fraktion werden dem notwendigen Investitionskredit zustimmen. Mit der neuen Personenunterführung und den guten Anschlussmöglichkeiten an weitere Mobilitätsangeboten wird ein Mehrwert von Attraktivität am Bahnhofareal erschaffen. Was wir jedoch noch vermissen, ist eine Lösung fürs Parking.

Da der Knotenpunkt als Mobilitätshub an Attraktivität zunehmen wird und eine zentrale Stelle in Ostermundigen ist, sollte auch das Parkieren von Autos möglich sein. Die Kennzeichnung dieser Parkplätze muss in die Planung miteinbezogen werden. Wir haben dazu noch ein paar Fragen:

1. Ist der Veloparkplatz notwendig? Neu wird entlang des Bahndamms - beim TCS-Gebäude - ein doppelstöckiger Veloparkplatz errichtet.
2. Kann nicht eine Publibike-Station eingerichtet werden?
3. Mobility-Parkplätze?
4. Gibt es ein "Konzept für die Parkierung von Autos" rund um den Bahnhof; inkl. Kurzparking und Behindertenparkplätze?

Sandra Löhner-Marti (Die Mitte): Die-Mitte-Fraktion wird dem vorliegenden Kredit zustimmen.

Auch hier liegt ein zukunftsweisendes Projekt vor uns. Der Bahnhof Ostermundigen ist ein grosser Entwicklungsschwerpunkt für die Gemeinde. Die Zukunft mit Tram, die bereits bestehenden oder entstehenden Projekten wie TCS-Gebäude und Bären Tower sowie der Kapazitätsausbau des Zugverkehrs zwischen Bern-Thun bzw. Langnau führen zu grossen Anpassungen rund um unseren "altherwürdigen" Bahnhof. Der schon lange geforderte behindertengerechte Zugang zum Perron 2 wird in dieser Planung nun auch möglich werden. Die Kosten werden teilweise durch die SBB - und falls es klappt - auch durch weitere Bundesgelder unterstützt. Wir haben uns noch gefragt:

1. Wie wahrscheinlich sind die Bundessubventionen?
2. In welchem Zeitraum können die Subventionsbeiträge erwartet werden?

Die Mitte-Fraktion begrüsst somit die Verlängerung der Personenunterführung beim ÖV-Knoten am Bahnhof. Diese schafft eine wichtige Verbindung für Fussgängerinnen und Fussgänger, welche auch den Zielsetzungen der Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) entspricht.

Wir werden dem Kreditantrag zustimmen.

Oliver Tamàs (glp): Die glp-Fraktion ist sehr erfreut über diesen Projektvorschlag zur Personenunterführung Nord mit der Verlängerung bis zum Schermenweg und dankt für den grossen Einsatz des Gemeinderates in diesem langwierigen, nicht einfachen Geschäft.

Wir finden es sehr gut, dass die Gemeinde diese Verlängerung ins Projekt einbringen konnte und nun mit der SBB umsetzen kann. Auch die Finanzierung erscheint uns sinnvoll geregelt und tragbar. Die Investition von CHF 1.6 Mio. ist für uns sehr gut investiertes Geld in ein Entwicklungsgebiet mit grossem Potenzial und zukünftig grossem Personenaufkommen.

Fazit

- Für uns ist das Projekt also sehr positiv zu beurteilen. Die glp-Fraktion stimmt dem Antrag klar zu.
- Die einzige offene Frage stellt sich nach dem Zeitplan, wann die Personenunterführung realisiert wird?

Christian Zeyer (SP): Es braucht "ein Licht am Ende des Tunnels." Mit dem Durchstich haben wir Licht geschaffen. Es ist bestimmt sinnvoller, eine Personenunterführung als eine Sackgasse zu bauen, wie dies ursprünglich die SBB gewollt hatte.

Wieso es nicht möglich ist, dass die SBB das Projekt bezahlt, ist für mich immer noch nicht klar. Trotz heftigsten Verhandlungen ist die SBB nicht gewillt, mehr an das Projekt zu bezahlen. Wir nehmen diesen Missstand zur Kenntnis. Die Erschliessung des Bahnhofs resp. der Perrons wird mit der Personenunterführung deutlich verbessert.

Zum Votum von Martina Wagner (EVP) betreffend Anbringen von Parkplätzen vertreten wir eine andere Vorstellung. Der Verkehrsknotenpunkt wird von zusätzlichen Veloparkplätzen profitieren können. Auch die Gemeinde Ostermundigen wird vom Veloverkehr und nicht vom zusätzlichen Autoverkehr profitieren können. Veloparkplätze in diesem Perimeter zu streichen ist bestimmt ein falscher Lösungsansatz.

Adrian Gränicher (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Projektkredit zustimmen. Ich persönlich muss den Kinderwagen nicht mehr auf den Perron hinauf tragen.

Uns hat sich noch eine Frage gestellt:

- Wieso wird das Ganze mit dem Tramführung Bern/Ostermundigen verkauft?

Daniela Feller (FDP): Wir von der FDP-Fraktion sind sehr zufrieden mit diesem Projekt. Es würde einem Schildbürgerstreich ähneln, einen Tunnel nur halb zu bauen. Zudem ist zu bedenken, dass in der Zeit, wo das Tram gebaut wird, die Unterführung gebraucht werden kann. Während der Bauphase ist die Unterführung Bernstrasse wohl eine Zeit lang nicht oder nur erschwert passierbar. So könnten zumindest die Fussgänger vom Durchstich profitieren. Weiter freue ich mich als Mutter eines kleinen Kindes, wenn es einfacher wird, zu den Gleisen zu gelangen. Zukünftig muss ich nicht mehr akribisch planen, wie und wo ich umständlich zum Zug gelangen will.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich versuche die Fragen in der eingegangenen Reihenfolge zu beantworten:

① Veloabstellplätze auf der Seite Schermenweg

Wir sind davon überzeugt, dass es die Veloparkplätze auf dieser Seite bedarf. Ob es "Publi-bike" oder andere "Sharing-Modelle" sind, ist für den Gemeinderat zweitrangig. Auf der Seite Poststrasse sind 372 Veloparkplätze (inkl. Doppelstöcker beim TCS-Gebäude) vorhanden. Dieses Angebot wird erweitert und zusätzliche Abstellplätze sind geplant. Rund 500 Veloparkplätze werden beim BäreTower errichtet.

① Behindertenparkplätze

Die zwei bestehenden Parkplätze beim Bahnhofgebäude bleiben. Auch das Kurzparking ist da vorgesehen (bis 2035+). Die heutigen Schrebergärten müssen zusätzlichen Bauten weichen.

① Park&Ride

Das heute bestehende Angebot wird an einen anderen, heute noch unbekanntem Standort verlegt. Die Alternativen werden zurzeit geprüft.

① Prognostizierte Gelder aus dem Aggloprogramm

Da wagt sich momentan niemand zu Aussagen. Der Kanton Bern hat Mitte August 2021 die Gelder beim Bund beantragt. Die Prüfung läuft. Die Chancen für allfällige Subventionsbeiträge zu Gunsten der Gemeinde Ostermundigen sind vorhanden. Das Geld fliesst letztendlich aber nicht in die Gemeindekasse; dieses wird über sogenannte "Leistungsvereinbarungen" abgerechnet.

① Umsetzung

Der Gemeinderat würde gerne Morgen beginnen, d. h. so schnell wie möglich --> in den Jahren 2023/2024 ist ein behindertengerechter Bahnhof ein Muss. Als dann könnte die Personenunterführung Nord errichtet sein.

① Wieso wird der Durchstich nicht über das Gesamtprojekt finanziert?

Die Perronanlagen müssen primär behindertengerecht angepasst werden. Alle Bauten ausserhalb der Perronanlagen sind Aufgaben des Kantons und der Gemeinde. Immerhin sind die SBB der Gemeinde Ostermundigen um 1 Mio. Franken entgegengekommen (siehe Kapitel 2.4 Kostenvoranschlag).

① Statt "Joggen" können zukünftig die Reisekoffer bequemer auf das Perron gebracht werden

- Etappierung und wieso verknüpft mit dem Projekt "Tram Region Bern"

Wir werden insgesamt im Bereich Bahnhof drei Grossprojekte zur Ausführung bringen:

1. Neue Tramlinie "Tram Bern/Ostermundigen"
2. ÖV-Knoten
3. Ausbauschnitt 2025 der SBB (ab Wankdorf Süd bis Gümligen)

Wir werden bei nächster Gelegenheit einen Informationsanlass zu den Ausbauschnitten/-projekten AS2025 durchführen.

① Wann ist alles fertig?

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, alles so schnell wie möglich über die Bühne zu bringen. Ich gehe davon aus, dass die Arbeiten bis ins Jahre 2030 abgeschlossen werden können.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 33 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für das Projekt "Tram Bern Ostermundigen; ÖV-Knoten; Personenunterführung Nord inkl. Verlängerung Schermenweg" wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Investitionskredit von CHF 1'600'000.00 inkl. MWSt. bewilligt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

42.2.42 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung

46. Überbauungsordnung Nr. 6 "Grube": Erschliessung Wasser und Abwasser; Kreditabrechnung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über die Erschliessung der Überbauungsordnung Nr. 6 "Grube" mit Wasser und Abwasser, abschliessend mit der Kostensumme von CHF 4'419'028.52 (exkl. MWSt.), wird Kenntnis genommen.

42.2.75 Wasserverbund Region Bern AG (WVRB)
42.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt

47. Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG): Primär- und Sekundärsystem der Wasserversorgung; Rückübernahme von Primäranlagen (2. Etappe); Kreditabrechnung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Marcel Falk (SP): Das Projekt ist abgeschlossen und der Wasserverbund Region Bern AG hat das Darlehen zurückbezahlt - und dies gar schneller als geplant. Die Wasserversorgung der Gemeinde ist damit gut organisiert. Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion nehmen gerne Kenntnis von der Kreditabrechnung und danken der Gemeinde und ihren Mitarbeitenden für die saubere Durchführung dieses wichtigen und komplexen Projektes.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Von der Kreditabrechnung über die "Rückübernahme von Primäranlagen der Wasserversorgung (2. Etappe)", abschliessend mit der Kostensumme von CHF 1'022'130.00 (exkl. MWSt.) wird Kenntnis genommen.

10.3.74 Interpellation

48. Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Die Zweitunterzeichnerin kann sich zur Beantwortung äussern.

Stefanie Dähler (SP): Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort, die dem GGR vor 19 Monate und 9 Sitzungen nachdem die Interpellation eingereicht wurde, vorgelegt wird. Sie ist einerseits sehr informativ, lässt aber andererseits ein gewisses Dringlichkeitsbewusstsein in Umweltfragen vermissen.

Dass 1984 verpasst wurde, das System zur Einfahrtskontrolle einzufordern, dass in der Bewilligung zur Auflage gemacht wurde, ist bedauerlich. Dass es nach 37 Jahren nicht ohne weiteres eingefordert werden kann, ist verständlich. Hier wäre die Migros aufgerufen, die Sache von sich aus an die Hand zu nehmen.

1. Bei Punkt 2 heisst es, dass die Bewirtschaftung von Parkplätzen «soweit bekannt» nicht als Massnahme zur Vermeidung übermässiger Immissionen gelten kann. Hier wären wir froh um eine verbindliche Auskunft.
2. Bei der Antwort zu Punkt 3 lesen wir:

"Im Rahmen der Gesamtrevision der Bauordnung kann das Thema angepackt werden."

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Auskunft, wann diese Gesamtrevision geplant ist (steht sie im Zusammenhang mit O'mundo, das ja jetzt genehmigt wurde?), und ob er tatsächlich vorhat, im Rahmen dieser Revision ein griffiges Instrumentarium einzuführen.

Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich wurde belehrt, dass zuerst die Diskussion beantragt werden muss.

Dähler Stefanie (SP): Ich stelle den "Antrag auf Diskussion".

Ratspräsident: Über diesen "Ordnungsantrag auf Diskussion" gemäss Artikel 54 Absatz 4 GO GGR hat das Parlament abzustimmen.

A b s t i m m u n g

Der "Ordnungsantrag auf Diskussion" wird mit 21 zu 7 Stimmen angenommen.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich nehme Stellung zur Frage 2:

An der Fraktionssitzung habe ich erwähnt, dass primär die "Räumliche Entwicklungsstrategie" zur Volksabstimmung gebracht werden muss. In der Zwischenzeit wurde ich belehrt, dass die "Räumliche Entwicklungsstrategie" nicht einer Volksabstimmung unterliegt. Der weitere Prozessablauf kann der Gemeindepräsident erklären.

Wenn das Projekt "O'mundo" abgeschlossen ist, wird die Revision des Gemeindebaureglementes an die Hand genommen. Bei dieser Revision werden alle zu ändernden Punkte aufgenommen.

Frage 1 - Immissionen

Die Energieberatungsstelle der Gemeinde hat erwähnt, dass für die Beantwortung der Frage weitergehende Abklärungen notwendig sind.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Zum Prozessablauf "O'mundo" resp. Stand des Teils "Räumliche Entwicklungsstrategie":

Der Gemeinderat ist sehr überrascht, dass nach der Eingabe des RES (Genehmigung GGR am 6. Mai 2021) an den Kanton zur Vorprüfung dieser bereits am 29. Juni 2021 "Grünes Licht" zur Fortsetzung erteilt hat. In der Regel muss mit einem Zeitfenster von drei bis sechs Monaten gerechnet werden. Die Genehmigung durch den Kanton wird in den nächsten Wochen amtlich publiziert.

① Entscheid durch Souverän

Die „Räumliche Entwicklungsstrategie“ muss dem Stimmvolk nicht vorgelegt werden; die „Räumliche Entwicklungsstrategie“ liegt in der Zuständigkeitskompetenz des Grossen Gemeinderates. Wir werden im Frühling 2022 dem GGR einen Kreditantrag für die Revision des Zonenplans und des Schutzzonenplans unterbreiten.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich möchte mich für den Vorgehensfehler beim Prozessablauf "Interpellation" entschuldigen.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren wird schriftlich beantwortet.

49. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.72 Motion

a) **Motion Abgabe von Lunch-Check-Karten durch die Gemeinde - Schub für die Restaurants nach der Corona; verspätete Beantwortung**

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben mit der Beantwortung - durch die laufenden Tagesgeschäfte sowie die kleineren und grösseren Projekten - Verspätung.

- ① Dieser Vorstoss hat Auswirkungen auf das Jahr 2022.
- ① Die Beantwortung ist für die GGR-Sitzung vom 2. Dezember 2021 vorgesehen.

10.3.72 Motion

b) Fusion "KoBe"; Stand des Geschäftes

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir sind sehr intensiv am Arbeiten. Im Moment werden die verschiedenen Themen diskutiert und bereinigt. Ein Blick in die Werkstatt kann in Aussicht gestellt werden. Die "Aufgabenerfüllung" wurde abgearbeitet und in die "Strukturfragen" eingebracht. Die Strukturfragen wurden mit der Stadt Bern gespiegelt, d. h. wo werden diese Aufgaben (z. B. Baupolizei, Polizeiinspektorat etc.) in der Stadt erfüllt. Nach den Herbstferien werden die neuen "Strukturfragen" bereinigt. Alle Abteilungsleitungen sind stark mit diesem Thema beschäftigt.

Das Teilprojekt "Personal" wurde gestartet. Zurzeit laufen die Detailberatungen. Das Teilprojekt "Finanzen" wird ebenfalls noch in diesem Jahr in Angriff genommen.

Seit der letzten GGR-Sitzung hat die Begleitgruppe bereits drei Mal getagt. Der Gemeinderat hat die ganze Thematik an zwei Klausuren besprochen. Die Begleitgruppen von Ostermundigen und der Stadt Bern werden ebenfalls nach den Herbstferien sich zusammenschliessen.

Der GGR wird sich konsultativ zu verschiedenen Fragestellungen einbringen können. Es ist vorgesehen, im 1. oder 2. Quartal 2022 einen Antrag dem GGR vorzulegen. Bereits im Vorfeld werden Informationsanlässe durchgeführt.

10.3.72 Motion

c) Motion „Pilotprojekt Mobility Pricing in Ostermundigen“; verspätete Beantwortung

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich möchte informieren, dass die Motion Mobility-Pricing eigentlich heute hätte behandelt werden müssen. Leider haben wir die Termineinhaltung nicht geschafft. Ich habe den Erstunterzeichner über die Verzögerungen ins Bild gesetzt. Wir werden die Motion am 28. Oktober 2021 auf die Traktandenliste setzen.

10.3.72 Motion

d) ARA Worblental; Information Sensibilisierung Gewässerschutz

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Es ist bestimmt allen aufgefallen, dass der Gemeindepräsident und ich ein ähnliches T-Shirt tragen. Heute vor einer Woche fand in der ARA-Worblental ein Informationsanlass zum 50 jährigen Bestehen statt. Leider haben nur sehr wenige Parlamentsmitglieder aus Ostermundigen an der Betriebsführung teilgenommen.

Der Hauptfokus der ARA war es, uns aufzuzeigen, was nicht via Abwasser entsorgt werden darf. Die vielen Mikroverunreinigungen und die Medikamente sind ein grosses Thema in der Gewässerverschmutzung. So werden rund 300 kg Voltaren pro Jahr über das Abwasser entsorgt.

① Wir dürfen euch einen Film vorführen. Die wichtigsten Fakts im Film sind:

- Pro Person und Tag werden rund 150 Liter Abwasser der ARA zugeführt.
- Die ARA-Worblental ist die Drittgrösste Anlage im Kanton Bern.
- Das Abwasser von über 70'000 Personen fliesst in die ARA.
- Rund 27'000 Liter Abwasser werden täglich gereinigt.
- Nach rund 8 Stunden Bearbeitungszeit fliesst das gereinigte Abwasser in die Aare.
- Mit dem Schlamm wird Biogas erstellt, welches für den Betrieb der ARA sorgt.

10.3.72 Motion

e) Budget 2022, Finanzplan 2022-2030 und Finanzstrategie 2030; Traktandierung für GGR 28.10.2021; Infoanlass am 18.10.2021

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Es stehen die Herbstferien vor der Tür und es dauert nicht mehr lange bis zur nächsten GGR-Sitzung. Wir haben dann drei wichtige Finanzgeschäfte zu behandeln. Es sind dies:

- Budget
- Finanzplan
- Finanzstrategie

Der Gemeinderat hat sich dazu entschlossen, einen Informationsanlass (analog Besoldungssystem) zu organisieren. Dieser findet am Montag, 18. Oktober 2021 ab 18.00 Uhr, hier im Tellaal statt. Bitte reserviert euch den Termin. Vielen Dank für den Besuch.

Persönliche Erklärung

Hans Wipfli (SVP): Finanzstrategie - ein sehr wichtiges und komplexes Thema für uns alle. Es lohnt sich, den vom Departementvorsteher Finanzen/Steuern erwähnte Informationsanlass zu besuchen.

Ich möchte bekannt geben, dass Aliko Panayides, Departementvorsteherin Öffentliche Sicherheit, in den Grossen Rat des Kantons Bern gewählt worden ist. Wir möchten ihr dafür herzlich gratulieren und viel Glück und Befriedigung im neuen Amt wünschen.

- ① Im Anschluss an die Sitzung findet im Restaurant National ein Apéro statt - Ihr seid alle herzlich dazu eingeladen; besten Dank.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Departementvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Besten Dank für die Überraschung. Schade ist meine Gemeinderatskollegin, Melanie Gasser, heute Abend abwesend. Auch sie wurde, zusammen mit mir für den Eintritt in den Grossen Rat des Kantons Bern, vereidigt. Ostermundigen hat nun zwei Stimmen im bernischen Grossen Rat.

Wir werden uns für die Gemeinde Ostermundigen einsetzen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich verlese die parlamentarischen Neueingänge:

- Überparteiliche Motion betreffend Falllast in der Sozialhilfe verringern, Beratung und Integration in den Arbeitsmarkt verbessern, Kosten senken;
- Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität
- Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung einer Teilrevision des Gemeindebaureglements
- Überparteiliche Interpellation betreffend sichere Wege zur Schulanlage Rothus
- Dringliche, überparteiliche Motion betreffend "Corona-Schutz mit Pooling-Tests an den Schulen in Ostermundigen"

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Gerardo Grasso (FDP): Der Gemeinderat kann die Dringlichkeit zur überparteilichen Motion betreffend "Corona-Schutz mit Pooling-Tests an den Schulen in Ostermundigen" nicht befürworten. Ich will dies kurz begründen:

Die Motion verlangt eine Wiedereinführung der Pooling-Tests, welche vom Kanton eingeführt und zwischenzeitlich wieder aufgehoben hat. Die freiwilligen Tests haben gut funktioniert. Auf Weisung des Kantons werden nun "Ausbruchttests" durchgeführt. Das heisst, es wird erst dann reagiert, wenn ein Ausbruch festgestellt wird - wenn eine Schülerin oder ein Schüler positiv ist, reagiert der Kanton.

Das ist äusserst Zeitintensiv, sowie belastend für die Schülerinnen und Schüler, sowie deren Eltern. Die Schule und die Gemeinde Ostermundigen sind während der Pandemie gut zurechtgekommen, die behördlichen Anweisungen umzusetzen. Abweichungen haben immer zu grossen Diskussionen und Angriffen geführt. Die Gemeinde Ostermundigen hat das Fachwissen nicht, um die aktuelle Situation fundiert zu beurteilen und daraus zielführende Massnahmen abzuleiten. Dafür haben wir die Spezialisten von Bund und Kanton.

Wir sind davon überzeugt, dass die Entscheidungen von den **zuständigen Behörden** respektiert werden müssen und auch das notwendige Vertrauen verdienen. Ein eigenständiges Vorgehen erachtet der Gemeinderat als nicht zielführend.

Die Infrastrukturen (CO₂-Messgeräte) liegen in der Kompetenz der Gemeinde. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Hochbau werden die CO₂-Messgeräte getestet. Eine flächendeckende Einführung der Messgeräte wird geprüft.

Aufgrund meiner Ausführungen wird die Dringlichkeit nicht stattgegeben.

Anmerkung des Ratssekretärs: Der Erstunterzeichner, Cédric Luyet (glp), hat die dringliche, überparteiliche Motion betreffend "Corona-Schutz mit Pooling-Tests an den Schulen in Ostermundigen" nach diesem Votum **zurückgezogen**.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich möchte nochmals erwähnen, dass der Ratsevent am Samstag, 23. Oktober 2021 ab 15.30 Uhr stattfindet. Die Einladung wird allen zugestellt.

Die 4. Sitzung ist damit beendet. Ich wünsche euch allen einen schönen Abend.

10.3.72 Motion

50. Überparteiliche Motion betreffend Falllast in der Sozialhilfe verringern, Beratung und Integration in den Arbeitsmarkt verbessern, Kosten senken; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. die Falllast in der Sozialhilfe zu senken. Eine Sozialarbeiterin bzw. ein Sozialarbeiter (100-Prozent-Pensum) soll nicht mehr als 80 Fälle betreuen müssen. Dies bedingt eine mindestens befristete Aufstockung der Stellen im Sozialdienst (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie administratives Personal);
2. sich beim Kanton für eine Erhöhung der Fallpauschalen im Lastenausgleich einzusetzen.

Begründung

Die Stadt Winterthur hat – trotz angespannter finanzieller Situation – in der Sozialhilfe die Anzahl Stellen befristet deutlich erhöht und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Falllast wurde auf knapp 80 Fälle pro Sozialarbeiterin bzw. Sozialarbeiter gesenkt. Das Pilotprojekt wurde wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Die Betreuung der Sozialhilfebeziehenden konnte verbessert und die Kosten gesenkt werden. Die Kosten pro Fall sind gesunken, vor allem aber sank die durchschnittliche Unterstützungsdauer, d. h. es konnten sich deutlich mehr Menschen aus der Sozialhilfe lösen. Fast die Hälfte der ehemaligen Sozialhilfebeziehenden, die sich während des Experiments in Winterthur von der Sozialhilfe lösen konnten, sind heute erwerbstätig und auf keine staatliche Hilfe mehr angewiesen.

Im Kanton Bern empfiehlt die Gesundheits- und Integrationsdirektion (GSI) 97 Fälle auf 100 % Sozialarbeit. Diese Zahl bildet die Grundlage für das Besoldungssystem und somit die Rückvergütung an die Gemeinden im Lastenausgleich. In Ostermundigen betrug die durchschnittliche Fallbelastung für eine Sozialarbeitsstelle (100 %) im Bereich Sozialhilfe 2020 gemäss Verwaltungsbericht 90 Fälle. Viele andere vergleichbare Gemeinden im Kanton Bern haben es so geregelt, dass bei mehr als 90 Fällen Stellen geschaffen werden. Die nicht vom Kanton rückvergüteten Kosten für die Stellen müssen von der Gemeinde getragen werden. Wie das Beispiel Winterthur zeigt, ist aber eine tiefere Falllast für eine qualitativ gute Betreuung und raschere Ablösung von der Sozialhilfe entscheiden.

Ostermundigen sollte deshalb einerseits ab sofort (Budget 2022) mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter anstellen – auch wenn ein Teil der Kosten über den Lastenausgleich nicht gedeckt sind. Zugleich sollte sich Ostermundigen zusammen mit anderen Gemeinden beim Kanton dafür einsetzen, dass der Zielwert von der GSI auf 80 Fälle gesenkt wird. Kanton und Gemeinden könnten so mittel- und langfristig trotz Stellenausbau und höheren Lohnkosten Kosten sparen. Es würden also alle profitieren: Kanton und Gemeinden und damit letztlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von tieferen Kosten, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter von besseren Arbeitsbedingungen und die Sozialhilfebeziehenden von einer besseren Betreuung und in vielen Fällen von einer rascheren Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Gemeinde sollte mit der Anstellung von zusätzlichen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern auch deshalb nicht zuwarten, weil nach dem Auslaufen der Massnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-Pandemie (Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherung – insbesondere Kurzarbeitsentschädigung, Corona-Erwerbsersatz, «Härtefall»-Massnahmen für besonders stark betroffene Unternehmen) damit gerechnet werden muss, dass mehr Menschen auf die Unterstützung der Sozialhilfe angewiesen sein werden. Hinzu kommt, dass die Sozialdienste der Gemeinden in den kommenden Jahren mit steigenden Zahlen rechnen müssen, weil sie nach fünf bzw. sieben Jahren für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge zuständig sind.

eingereicht am 23. September 2021

sig. Kathrin Balmer (SP), M. Falk (SP), P. Zeyer (SP), K. Kistler (SP), S. Aeschbacher (SP),
M. Kuert (SP), E. Selmani (SP), Ch. Zeyer (SP), M. Zürcher (EVP)

10.3.73 Postulat

51. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen in welcher Form die Gemeinde den breiten Rollout der Elektromobilität unterstützen kann. Der Gemeinderat soll mit dem Kanton und dem Stromversorger (BKW) prüfen:

1. Welche Möglichkeiten bestehen, den Bau von Ladeinfrastruktur für die tägliche Ladung von Elektrofahrzeugen zu fördern;
2. Welches Angebot an Ladestationen auf Basis der Bevölkerungsstruktur auf öffentlichem Grund (Blaue Zonen) sinnvoll ist;
3. Wie schnell ein solcher Ausbau sinnvoller Weise geschieht;
4. Welche Massnahmen getroffen werden müssen, damit eine Überlastung und ein unnötiger Ausbau der Netzinfrastruktur vermieden werden kann.

Begründung

Im Sommer 2021 lehnte das Stimmvolk das CO₂-Gesetz ab. Selbst die Gegner attestierten dem Klimaschutz jedoch grosse Dringlichkeit. Einer der wichtigsten Gründe für die Ablehnung war die weit verbreitete Angst vor steigenden Kosten in der Mobilität. Gleichzeitig lässt sich jedoch nicht verschweigen, dass die Mobilität mit rund einem Drittel der CO₂-Emissionen für den Kampf gegen die Klimakrise von grosser Bedeutung ist. Die Mobilität ist auch der einzige Verursacher von CO₂-Emissionen, bei dem es in den letzten Jahren nicht gelungen ist die Emissionen zu reduzieren. Die einfachste Möglichkeit, die Emissionen im Verkehr schnell zu senken ist der Umstieg auf die Elektromobilität, kombiniert mit einem Ausbau der erneuerbaren Energien. Diesbezüglich sind sich die meisten Protagonisten heute einig.

Auch die Gesamtökologie von Elektrofahrzeugen spricht heute für den Ausbau der Elektromobilität. Einerseits zeigen umfassende Lebenszyklusanalysen, welche das PSI durchgeführt hat, dass bereits heute die Elektromobilität gegenüber der Mobilität mit Verbrennungsmotoren besser abschneidet. Neuere Entwicklungen im Bereich des Batterierecycling und die Optimierung der chemischen Reaktionssysteme der Batterien bietet grosses Potenzial, die Umweltauswirkungen in der Batterieherstellung in den nächsten Jahren noch einmal deutlich zu reduzieren und somit die Ökobilanz insgesamt weiter zu verbessern.

Erfreulicherweise dürfte sich die Elektromobilität in den nächsten Jahren weitgehend ohne Subventionen breit durchsetzen. Seit 2015 sind die Preise von Batterien um einen Faktor fünf gesunken und die Preisentwicklung zeigt weiter nach unten. Bereits heute ist in vielen Fällen ein Elektrofahrzeug über die Lebensdauer günstiger als ein vergleichbares Verbrennerfahrzeug. Experten gehen davon aus, dass spätestens 2025 Elektrofahrzeuge sogar in der Anschaffung günstiger sind. Spätestens dann ist zu erwarten, dass Elektrofahrzeuge beim Neukauf Verbrennerfahrzeuge verdrängen werden.

Mit der Zunahme der Elektrofahrzeuge verändert sich aber auch die notwendige Infrastruktur. Tankstellen verlieren mittelfristig an Bedeutung und die Ladeinfrastruktur wird immer wichtiger. Dabei stehen jedoch sogenannte Schnellladestationen nicht im Fokus des Interesses. Die tägliche Gebrauchscharakteristik legt nahe, dass Fahrzeuge in Zukunft meistens über längere Zeit und mit relativ kleinen Leistungen während des Parkierens geladen werden. Tatsache ist, dass die durchschnittliche, typische Tagesleistung eines Fahrzeugs bei rund 40 km liegt. Die dafür notwendige Energiemenge von rund 10 kWh kann an einem Hausanschluss problemlos über Nacht nach geladen werden.

Für die Gemeinden ergibt sich dadurch eine neue Koordinationsaufgabe. Sie müssen zusammen mit den Energieversorgern sicherstellen, dass einerseits schnell genug passende Ladeinfrastrukturen zur Verfügung stehen und andererseits die bestehende Stromversorgungsinfrastruktur nicht unnötig ausgebaut werden muss.

Aus der Sicht der Konsument*innen wird sich ein Anspruch auf Ladeangebote durchsetzen. Wenn wir wollen, dass sich die Elektromobilität durchsetzt, müssen wir den Konsument*innen im Moment des Kaufs die Sicherheit vermitteln, dass sie das Fahrzeug jederzeit laden können. Im eidgenössischen Parlament ist deshalb aktuell eine Motion abhängig, die ein «Recht auf Laden» postuliert und die Hauseigentümer dazu verpflichtet will, ihre Einstellhallen und Parkplätze mit einer ausreichenden Infrastruktur zum schrittweisen Ausbau von Ladestationen auszurüsten.

Elektromobilität darf jedoch nicht auf die eher Begüterten mit eigenem Garagenparkplatz eingeschränkt werden. Eine erhebliche Anzahl von Personen in der Agglomeration und in den Städten ist darauf angewiesen, ihre Fahrzeuge über Nacht in der blauen Zone abzustellen. Statistisches Datenmaterial dazu besteht aktuell nicht. Es wäre jedoch einfach diese Zahlen überschlagsmässig aus der Parkplatzstatistik zu eruieren.

Da der öffentliche Raum durch die Strassenlaternen bereits relativ gut erschlossen ist, bietet es sich an, diese Infrastruktur wo nötig zu verstärken und als Ladestellen zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Versuche sind in verschiedenen Städten wie Bern oder Basel unterwegs. Es ist jedoch notwendig, dieses Angebot mit einem Lademanagement zu komplettieren. Nur so kann einerseits sichergestellt werden, dass im Bedarfsfall geladen werden kann und andererseits die Infrastruktur nicht überlastet wird.

Längerfristig muss die Gefahr einer Überlastung übergreifend „gemanaged“ werden. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr das Fahrzeuge übermässig schnell und nicht zwingend nach deren Bedarf geladen werden und dadurch Überlastungssituationen entstehen. Es ist folglich das übergeordnete Interesse der Gemeinde sicherzustellen, dass die Entwicklung der Ladeinfrastruktur frühzeitig und gut geplant vorangetrieben wird.

eingereicht am 23. September 2021

sig. Christian Zeyer (SP), A. Bärtschi (Die Mitte), S. Löhner (Die Mitte), E. Selmani (SP), M. Falk (SP), M. Kuert (SP), C. Nova (SP), S. Schneider-Müller (SP), K. Kistler (SP), K. Balmer (SP), S. Dähler (SP), S. Aeschbacher (SP)

10.3.73 Postulat

52. Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung einer Teilrevision des Baureglements; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie das Baureglement in einer Teilrevision an heutige Ansprüche angepasst werden kann.

Wie kann das Baureglement im Bereich Nachhaltigkeit, gegenüber dem kantonalen Recht verschärft werden?

Abzudecken sind dabei die Bereiche Energie (Fotovoltaik auf Flachdächern und an Fassaden, Minergie etc.), Begrünung, z. B. auf Flachdächern oder an Fassaden bei verdichteter Bauweise, (Stichwort: Stadtklima), sowie die bauliche Integration klimaneutraler Elemente.

Begründung

Das Baureglement ist bezüglich Nachhaltigkeit in seiner aktuellen Form nicht mehr zeitgemäss. Das Begrünen von Fassaden und Dächern, welches erheblich zu einem angenehmeren Klima beitragen kann, ist darin nicht vorhanden.

Klar ist momentan, dass sich Ostermundigen urban entwickelt und auch kein weiteres Bauland mehr freigegeben werden soll. Die Folge davon ist ganz klar eine Verdichtung der bestehenden Liegenschaften (z. B. entlang der Bernstrasse).

Wenn Ostermundigens Bauten schon in die Höhe gehen, dann soll dies auch mit einer nachhaltigen Qualität erfolgen!

eingereicht am 23. September 2021

sig. Thulani Thomann (SP), K. Kistler (SP), M. Falk (SP), P. Zeyer (SP), S. Aeschbacher (SP), C. Nova (SP), Ch. Zeyer (SP), E. Selmani (SP), K. Balmer (SP), S. Dähler (SP), A. Wahli (glp), D. Toggwiler (glp)

10.3.74 Interpellationen

53. Überparteiliche Interpellation betreffend sichere Wege zur Schulanlage Rothus; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Schulanlage Rothus wird saniert, um ab Ende 2025 14 Schulklassen unterrichten zu können. Die meisten Kinder werden wohl über das Wegmühlegässli zu Fuss, mit Trottinett oder Velo zum Schulhaus gelangen. Das Wegmühlegässli bietet aktuell jedoch keine sichere Infrastruktur für Velofahrende, wie bereits in der Schwachstellenanalyse von 2013 (Schwachstelle Nr. 200; zudem fehlender Velostreifen zwischen Bern- und Wiesenstrasse) dokumentiert. Auch für Fussgängerinnen sind die Verhältnisse zwischen Wiesenstrasse und Schulanlage sehr beengt.

Fragen

1. Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass die Veloinfrastruktur auf dem Wegmühlegässli insbesondere zwischen Bern- und Wiesenstrasse aktuell mangelhaft und nicht geeignet für Schulkinder ist?
2. Wie stellt der Gemeinderat bis spätestens Ende 2025 sicher, dass sichere Schulwege für verschiedene Formen des Langsamverkehrs zur Schulanlage Rothus führen?

eingereicht am 23. September 2021

sig. Marcel Falk (SP), P. Zeyer (SP), K. Kistler (SP), S. Aeschbacher (SP), O. Tamas (glp), J. Ananiadis (Piraten), S. Löhner (Die Mitte), A. Bärtschi (Die Mitte), E. Selami (SP), M. Kuert (SP), Ch. Zeyer (SP), M. Zürcher (EVP)

f) Dringliche, überparteiliche Motion "Corona-Schutz mit Pooling-Tests an den Schulen in Ostermundigen"

Wortlaut

Der Gemeinderat sorgt dafür, dass nach den Herbstferien an den Schulen die wöchentlichen Covid-19 Poolingtests wieder eingeführt werden.

Begründung

Nach den Sommerferien entschied der Kanton Bern aufgrund von falsch-tiefen Fallzahlen, die Teststrategie an Schulen und Vorschulen mittels Massentesten in Form von Pooltesting zu verlassen und nur noch gezielt bei Krankheitsfall zu testen. Sowohl die Wissenschaft wie auch die Erfahrungen der letzten Monate haben klar gezeigt, dass mittels Pooltesten einmal pro Woche Krankheitsausbrüche an Schulen rasch eingedämmt werden können.

Die Wissenschaft zeigt weiter, dass im Falle von positiven Tests die Übertragung von Covid-19 mittels Masken und gezieltem Lüften (anhand von CO₂- und Feuchtigkeitsmessungen) verhindert werden können. Eine Quarantäne-Anordnung für ganze Klassen erübrigt sich demnach und der Unterricht kann mit erweiterten Schutzmassnahmen fortgeführt werden.

Sowohl das Testen, wie auch die erweiterten Schutzmassnahmen im Falle von positiven Fällen in einer Klasse sind für Kinder im Schulalter problemlos durchführbar. Die Kinder haben neben dem Recht auf Schulbildung ein Recht auf Gesundheit und deren Durchseuchung muss in Anbetracht der möglichen Langzeitfolgen eines Covid-19 Infekts (Long-Covid) verhindert werden. Aus diesem Grund verlangt diese überparteiliche und dringliche Motion, das Pooltesten sofort wiedereinzuführen und sich für die Massnahmen bei positiven Tests an die Abläufe der Schulen in Winterthur oder im Kanton Graubünden zu orientieren.

Es ist mitunter gleichzeitig ein Appell an alle, sich bestmöglich für das Wohl der Kinder einzusetzen. Wo ein Wille ist, sind die administrativen Hürden und die rechtlichen Unsicherheiten problemlos zu überwinden.

eingereicht am: 23. September 2021

sig.: Cédric Luyet (glp), O. Tamas (glp), J. Ananiadis (Piraten), P. Zeyer (SP), A. Wahli (glp),
1 Unterschrift unleserlich, M. Kuert (SP), E. Selmani (SP), K. Balmer (SP), M. Falk (SP)

Anmerkung des Ratspräsidenten

Die Motion wurde am Schluss der Sitzung vom Erstunterzeichner zurückgezogen.

g) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

Stand Ende September 2021

o = offen, **e = erledigt**, **ne = offen, sollte erledigt sein**

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	St at us
2103	<i>Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti</i>	<i>25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19</i>	<i>31.05.17</i>	<i>ÖS</i>	<i>Abschreibung abgelehnt</i>	ne
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21	31.12.21	PRA	Raumentwicklungswegwei- ser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch) am 6.5.21 genehmigt. Kreditabrech- nung ausstehend	o
3527	Informations- + Koordi- nationsstelle 60+	27.06.19	31.08.22	SOZ	Ergebnisse der Projektevalu- ation abgeben	o
2545	Schulraumplanung; Ges- amtprojektplan; Geneh- migung	20.02.20	30.11.21	HB/ BKS	am 28.10.2021 in GGR	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR- Sitzung vom 17.9.2020; Genehmigung	17.12.20	31.12.22	PRA	Nur noch ein "Beschlusspro- tokoll" verfassen. Alle Voten als MP3-Datei aufschalten (rechtliche Anpassungen vornehmen!)	o

K e n n t n i s n a h m e

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Adrian Tanner

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Thulani Thomann

Markus Truog